Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2899

07. 11. 95

Änderungsantrag

der Abgeordneten Angelika Beer, Winfried Nachtwei, Christian Sterzing und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996
– Drucksachen 13/2000 Anlage, 13/2593, 13/2614, 13/2626, 13/2627, 13/2630 –

hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Haushaltsansatz für Ausgaben im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Ausrüstung von Krisenreaktionskräften der Bundeswehr für Kampfeinsätze im Ausland wird um ca. 1,8 Mrd. DM gekürzt. Festgelegt sind durch Verpflichtungsermächtigungen ca. 4,4 Mrd. DM (siehe Nummer 2 des Antrags). Die einzelnen Kürzungsmaßnahmen verteilen sich wie folgt:

Kapitel 14 01	Bundesministerium
Titel 531 02	Öffentlichkeitsarbeit
	Der Ansatz wird um 2,5 Mio. DM gekürzt.
Kapitel 14 02	Allgemeine Bewilligungen
Titel 539 03	Nachwuchswerbung
	Der Ansatz wird um 8,4 Mio. DM, Mittel für das Dachkonzept der Bundeswehr, gekürzt.
Kapitel 14 03	Kommandobehörden, Truppen usw.
Titel 547 01	Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen-humanitären und sonstigen Einsätzen
	Die vorgesehenen 65 Mio. DM werden gestrichen und in den Einzelplan 05 02 Titel 686 12 für humanitäre Hilfsmaßnahmen außerhalb der Entwicklungshilfe umgewidmet.
Kapitel 14 14	Fernmeldewesen
Titel 554 02	Beschaffung von Fernmeldematerial
	Der Ansatz wird um 239,47 Mio. DM gekürzt. Die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 557,896 Mio. DM werden gesperrt; die

Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Kapitel 14 15	Feldzeugwesen
Titel 554 02	Beschaffung von Kampffahrzeugen
	Der Ansatz wird um 21,348 Mio. DM gekürzt. Die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 307,652 Mio. DM werden gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Betroffen sind davon u. a. Panzerhaubitze 2000, Mittleres Artillerie Raketen System (MARS/MLRS), Leopard.
Titel 554 04	Beschaffung von Munition
	Der Ansatz wird um 85 Mio. DM gekürzt. Die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 888,93 Mio. DM werden gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Betroffen sind davon u. a. Luft-Luft-Lenkflugkörper AMRAAM, Boden-Luft-Lenkflugkörper Patriot, Munition für Handfeuerwaffen, sonstige Munition.
Titel 554 05	Beschaffung von Feldzeugmaterial, soweit nicht an anderer Stelle veranschlagt
	Der Ansatz wird um 109,514 Mio. DM gekürzt. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 445,486 Mio. DM wird gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Betroffen sind davon u. a. leichtes Sturmgewehr, leichtes Flugabwehrsystem, Gefechtsübungszentrum Heer; Patriot.
Kapitel 14 16	ABC-Schutzmaterial
Titel 554 01	Beschaffung von ABC-Schutzmaterial
	Der Ansatz wird um 14,079 Mio. DM gekürzt. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 30,921 Mio. DM wird gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Betroffen davon sind u. a. Kampfwertsteigerung Spürpanzer Fuchs, ABC-Sammelschutzgruppe, ABC-Schutzausrüstung.
Kapitel 14 17	Quartiermeisterwesen
Titel 554 01	Beschaffung von Quartiermeistermaterial
	Der Ansatz wird um 85 Mio. DM gekürzt. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 36,851 Mio. DM wird gesperrt; die Aufhebung

	der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Betroffen sind davon u. a. Feldküchenausstattung, Einheitszelt 2/40 qm.
Titel 551 55	Entwicklung der streitkräftespezifischen Datenverarbeitung
	Der Ansatz wird um 63,2 Mio. DM gekürzt. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 27,5 TDM wird gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
Kapitel 14 18	Schiffe und Marinegerät
Titel 554 01	Beschaffung von Schiffen, Betriebswasserfahrzeugen, Booten, schwimmendem und sonstigem Marinegerät
	Der Ansatz wird um 260,134 Mio. DM gekürzt. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 349,7 Mio. DM wird gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
Kapitel 14 19	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät
Titel 554 01	Beschaffung von Flugzeugen, Flugkörpern, Flugzeugrettungs-, Sicherheits- und sonstigem flugtechnischen Gerät
	Der Ansatz wird um 296 Mio. DM gestrichen. Die Verpflichtungsermächtigung wird in Höhe von 497,087 TDM gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Betroffen sind davon insbesondere Ansätze für den Tornado.
Titel 554 03	Beschaffung des Waffensystems Unterstützungshubschrauber
	Der Ansatz wird um 28 Mio. DM gekürzt.
Kapitel 14 20	Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung
Titel 551 01	Wehrtechnische Forschung und Technologie
	Der Ansatz wird um 324,315 Mio. DM gekürzt. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 365,485 Mio. DM wird gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Betroffen davon sind u. a. folgende Vorhaben: Future Large Aircraft, U-Boote, Mehrzweckschiffe, Satelliten, gepanzerte Gefechts- und Transportfahrzeuge.
Titel 551 11	Wehrtechnische Entwicklung und Erprobung

Der Ansatz wird um 370,906 Mio. DM gekürzt. Die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1 173,094 Mrd. DM werden gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Betroffen davon sind u. a. Kampffahrzeuge, Panzerhaubitze 2000, modulare Abstandswaffe, PARS 3, U-Boote 212, Fregatte 124, Unterstützungshubschrauber, NATO-Hubschrauber 90, Kampfdrohne.

Kapitel 14 22 — Bewilligungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen

Titel 686 02 — Beitrag zu den Kosten der gemeinsam finanzierten Kommandostellen und Stäbe

Die Beiträge zu den Verwaltungskosten in Höhe von 18,5 Mio. DM werden gestrichen und umgewidmet. 4,5 Mio. DM werden dem Kapitel 05 02 Titel 686 29 – Kosten der OSZE-Institution – zugewiesen.

2. Alle Verpflichtungsermächtigungen, die über die erwähnten hinausgehen, für militärische Forschung, Entwicklung, Produktion oder Beschaffung im Rahmen der Krisenreaktionskräfte werden gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Es werden keine neuen Verpflichtungsermächigungen mehr eingegangen.

   Dies gilt vor allem für militärische Groß- oder Prestigeobjekte wie

   - Satellitenaufklärung Helios/Osiris,
   - Eurofighter 2000,
   - Unterstützungshubschrauber UHU,
   - NATO-Hubschrauber NH 90,
   - Future Large Aircraft,
   - Fregatten der Klasse 123,
   - Fregatten der Klasse 124,
   - U-Boote der Klasse 212,
   - Mehrzweckschiffe,
   - Panzerhaubitze 2000,
   - PARS 3,
   - Gepanzertes Transportfahrzeug,
   - leichtes Gefechts- bzw. Maschinengewehr,
   - Minen und Minensysteme.

3. Die Abwicklung der Rüstungsprojekte ist in Verhandlungen mit den Produzenten in Angriff zu nehmen.

4. Folgende neue Projekte werden nicht erforscht beziehungsweise nicht beschafft:
   - Satellitenkommunikationssystem der Bundeswehr,
   - Neues Transportfahrzeug mit modernem Umschlagssystem MULTI,
   - Fernmeldesystem Heer,
   - Führungssystem Heer,
   - Kleindrohne mit Zielortungssystem (KZO),
   - Zukünftiges Transportflugzeug Future Transport Aircraft (FTA),
   - Seefernaufklärungsflugzeug,
   - Einsatzgruppenversorger (EGV),
   - Bordhubschrauber für Fregatte.
5. Die nach dem Abzug der Konventionalstrafen verbleibenden Finanzmittel der Kapitel 14 15 bis 14 22 werden für soziale Maßnahmen, für den Aufbau eines Konversionsfonds sowie zur Unterstützung ziviler Hilfsmaßnahmen und den Aufbau von zivilen Konfliktpräventions- und Konfliktbearbeitungsmechanismen im Rahmen von Internationalen Organisationen verwendet.

Bonn, den 7. November 1995

Angelika Beer
Winfried Nachtwei
Christian Sterzing
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

I.

Die Bundeswehr befindet sich an einem Wendepunkt. Zum ersten Mal seit ihrer Gründung ist sie direkt in Kampfeinsätze eingebunden. Dies bedeutet einen Bruch mit der bisherigen militärischen Zurückhaltung. Anstatt Mittel für zivile Konfliktlösungsmechanismen im UNO- und OSZE-Rahmen freizumachen, verharrt die Bundesregierung in militärischen Denkgleisen.

Anstatt eine öffentliche Debatte über ein Wiederaufbauprogramm für Ex-Jugoslawien zu diskutieren, setzen das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung auf die militärische Karte, nämlich die Frage, in welcher Weise bundesdeutsche Soldaten sich an der NATO-Truppe in Ex-Jugoslawien beteiligen sollen. Dabei prescht die Bundesrepublik Deutschland wieder vor. Noch bevor die NATO überhaupt weiß, welche und wie viele Truppen sie benötigt, nennt zur Verwunderung von NATO-Offizieren die Bundesregierung bereits die Zahl von 5 000.

Dieser Prozeß der Umrüstung der Bundeswehr, der fälschlicherweise auf den ersten Blick als Abrüstung erscheinen mag, wird spätestens seit der Vereinigung vorbereitet. Mit dem letzten Haushalt setzte die Konkretisierungsphase ein. In diesem Jahr wurden mit dem „Ressortkonzept zur Anpassung der Streitkräftestrukturen, der Territorialen Wehrverwaltung und der Stationierung" (15. März 1995) und dem „Ressortkonzept zur Materialplanung der Bundeswehr" (ohne Datum) die materiellen Grundlagen geschaffen. Aus den beiden Konzepten geht eindeutig hervor, daß der Aufbau der Krisenreaktionskräfte Priorität bei der Bundeswehrplanung hat. Die Planungen haben, soweit bekannt, militärischen Charakter. Die Betonung von „humanitären" Einsätzen wird dadurch ad absurdum geführt. Dies zeigt sich besonders deutlich an den Planungen zum dynamischen Minenkampf.

Die Umsetzung folgt den neuen Aufgaben der Bundeswehr. Die Folgen der neuen Aufgabenzuschreibung an die Bundeswehr sind:

- die Abkehr von der, wenn auch unfreiwilligen, zivilen Tradition der bundesdeutschen Außenpolitik und eine Militarisierung der Außenpolitik,
- die Aufrechterhaltung einer überdimensionierten Bundeswehr,
- die Bindung wichtiger Haushaltsmittel für militärische statt für zivile oder soziale Zielsetzungen.

II.

Der Haushalt setzt die Umstrukturierung der Bundeswehr und den Aufbau der Krisenreaktionskräfte fort. Der Trend der Einsparung bei Personalausgaben und Erhöhungen im Forschungs- und Beschaffungsbereich setzt sich fort. Damit soll der Ausbau der Krisenreaktionskräfte forciert werden.

Abrüstungspolitik muß weit vorausschauend beginnen. Durch das Vorhandensein zahlreicher in den vergangenen Jahren eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen ist der Spielraum für Veränderungen und Kürzungen extrem gering. Für das Jahr 1996 belief sich die Festlegung der finanziellen Mittel allein für den KRK-Bereich auf 4,4 Mrd. DM, die so der Gestaltung entzogen waren. Deswegen ist das Eingehen neuer Verpflichtungsermächtigungen für militärische Zwecke unbedingt zu verhindern. Gleichzeitig muß auf haushaltstechnischer Ebene die Handhabung bereits eingegangener Verpflichtungsermächtigungen flexibilisiert werden. Das starre Festhalten an Ausgabesummen, die aus Gegebenheiten früherer Haushalte stammen, kann trotz wünschenswertem Schutz der Vertragspartner nicht als verantwortungsvolle Politik angesehen werden.

In Zukunft werden sich die finanziellen Probleme noch verschärfen. Wenn für die neuen Vorhaben die Konzeptionierungsphase beendet ist, wird die Entwicklungs- und Erprobungsphase folgen, die die Ausgaben erhöhen wird. Sobald die Beschaffungen beginnen, wird dann der Verteidigungshaushalt weiter steigen. Angesichts der zunehmenden sozialen Probleme und der bewußten Erosion des Sozialstaats durch die Bundesregierung und dem

Stichwort Deregulierung steht zu befürchten, daß die Aufrüstung dann auf Kosten der sozial Schwachen stattfinden wird.

Die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingesparten Mittel sind zur Finanzierung der zusätzlich geforderten Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik im Einzelplan 11 Kapitel 11 12 bzw. zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes einzusetzen.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333